

# Berliner Tageblatt



## und Handels-Zeitung

Sonnabend, 20. August 1927  
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 393

Geschäftsführer: Theodor Wolff in Berlin.

### Der Streit um die Okkupationsziffer.

#### Die Verminderung der Rheinlandbesatzung.

Der englisch-französische Notenwechsel.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Paris, 20. August.

„Reit Parisien“ gibt eine Darstellung des augenblicklichen Standes der Verhandlungen über die Verminderung der Rheinlandbesatzung, welche die Auffassung der maßgebenden französischen Kreise wiederzugeben scheint. Entgegen den von den französischen Nationalisten gemachten Einwendungen erinnert „Reit Parisien“ daran, daß die Vorkonferenz des förmliche Versprechen einer Truppenverminderung gegeben hat, und daß es sich jetzt darum handelt, dieses Versprechen zu erfüllen. Deutschland habe, als die Frage aktuell wurde und die vollständige Räumung ausgeschlossen schien, die Verminderung der Truppen auf die vor dem Kriege im Rheinland befindliche Garnisonstärke von 40 000 Mann verlangt. Diese deutsche Forderung, die eine Verringerung der 70 000 Mann starken Besatzung auf 60 000 Franzosen, 7500 Engländer und 6500 Belgier um fast die Hälfte bedeutete hätte, könne nicht angenommen werden, einmal man die für die deutsche Friedensgarnison im Rheinland angegebenen Ziffern bezweifeln müsse. England habe überhaupt eine Verminderung um 14 000 bis 15 000 Mann vorgeschlagen, wovon 12 000 auf die französischen, 2000 (also 10 Prozent) auf die englischen und 1500 Mann auf die belgischen Truppen entfallen sollten. „Dieser Vorschlag von englischer Seite“, schreibt „Reit Parisien“, „konnte von der französischen Regierung nicht als annehmbar betrachtet werden.“ Die von den Franzosen in Aussicht genommene, dem Marschall Pétain und dem General Guillaumat unterbreitete Zahl sei etwas niedriger als 5000 gewesen. Diese Ziffer sei wohl in der letzten Note England mitgeteilt worden. Aus der Note gehe noch hervor, daß, wenn England auf einer bedeutenderen Truppenverminderung bestünde, die englischen Truppen eine entsprechende Verminderung ertragen müßten als die französischen. Die französische Note, in der auch von der Verteilung der Truppen die Rede sei, werde zuerst von der englischen Regierung sorgfältig geprüft. Die Verzögerung der englischen Antwort sei darauf zurückzuführen, daß man in London das Verhältnis zwischen den zurückzuweisenden französischen und englischen Truppen sehr ungünstig finde.

Das ist der augenblickliche Stand der Verhandlungen, über den auch Belgien, dessen Pariser Botschafter gestern nachmittag bei Briand war, auf dem Laufenden gehalten wird. Nach dieser Darstellung wären die von Pétain und Briand gestern nach dem Ministerrat gemachten Mitteilungen etwas verfrüht. Die Erklärungen der beiden Minister werden übrigens heute vom „Reit Parisien“ etwas deutlicher wiederholt. Pétain's soll gesagt haben, daß in den Verhandlungen zwischen England und Frankreich die Einigung sicher sei, und daß nur die Frage des Verhältnisses der französischen und englischen Truppenverminderung noch zu lösen sei. Briand hat eindeutig als Pétain's gesagt, daß man die Angelegenheit als geordnet ansehen könne. „Matin“ gibt an, die Einigung, von der die beiden Minister gesprochen haben, solle auf der Grundlage einer Besatzungsziffer von 60 000 Mann erfolgen. Obwohl die Verhandlungen mit

England noch nicht vollkommen beendet seien, scheine die Einigung zwischen den beteiligten Regierungen auf der Grundlage der oben genannten Zahl sicher. In jedem Falle würde Frankreich unerschütterlich in seiner Position beharren. Briand erzählt aus London, daß Chamberlain, der zuerst die französische Note nicht gebilligt habe, jetzt geneigt sein soll, in ihr eine Grundlage zu Verhandlungen zu sehen. Chamberlain wolle aber die Korrespondenz mit dem französischen auswärtigen Amt nicht fortsetzen, sondern die Angelegenheit mit der französischen Botschaft in London regeln.

London, 20. August.

Auch „Morning Post“, das Parteiblatt der Konservativen, setzt sich heute, wenn auch recht zurückhaltend, für eine wesentliche Verringerung der alliierten Rheinlandarmeen ein. Nachdem einmal die Alliierten, schreibt das Blatt, sich für die Locarno-Politik entschieden haben, sei es wünschenswert, daß alle Hindernisse, die sich der Verwirklichung dieser Politik entgegenstellten, entfernt werden. In England betrachte man die Rheinlandbesatzung mehr als Symbol des Sieges, denn als politische Sicherheit. In Frankreich dagegen erblicke man in ihr eine Garantie für die Durchführung der Dawes-Zahlungen, vor allen Dingen aber einen wirksamen Schutz gegen deutsche Bestrebungen zur Wiederherstellung der Hegemonie in Europa. Solche Erwägungen dürfe man bei der Beschäftigung mit dem Problem der Verminderung der Rheinlandbesatzung natürlich nicht aus dem Auge lassen; es sei aber klar, daß, wenn man auf französischer Seite die deutsche Kriegspartei als wirklich ernste Gefahr betrachte, auch das Verbleiben von 15 000 Mann, um die die Rheinlandarmeen jetzt vermindert werden könnten, nicht genügen würde, um diese Gefahr zu beseitigen. „Daily Chronicle“ hat A. G. Dawson, den bekannten englischen Historiker und Sachverständigen, dessen Hauptwerke eine Reihe großer Arbeiten über das moderne Deutschland sind, ersucht, zu dem Plan der Verminderung der alliierten Rheinlandkräfte Stellung zu nehmen. Die Rheinlandbesatzung, schreibt Dawson, sei heute sinnlos, und ihr einziger Zweck sei der, ständig neue Verwirrung hervorzuwerfen. Man scheine in England auf dem Standpunkt zu stehen, daß es unvorzuziehlich sei, wenn Frankreich mehr als den ihm gebührenden Anteil von Truppen im Rheinland unterhalte. Im Gegenteil, dies sei nur ein Vorzeil. Warum solle man Frankreich nicht allein die Schmach überlassen, wenn es sie mit Gewalt auf sich zu nehmen wüchse? Welchen Zweck hätten die Locarno-Verträge, wenn die Alliierten noch immer darauf bestehen, Deutschland besetzt zu halten? Hierzu schreibt das Blatt, es ließe sich auf dem Standpunkt, daß die Besetzung des Rheinlandes wenig Wert habe, und daß es infolge dessen am besten sei, sie so schnell wie möglich zu beenden. Solange aber eine Besetzung des Rheinlandes statfinde, müsse es eine alliierte sein. Durch eine rein französische Rheinlandbesetzung würde eine neue Lage, und damit eine Reihe neuer Gefahren heraufbeschworen werden.

Das englische Kabinett hat bisher noch nicht zu den französischen Vorschlägen Stellung genommen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt, daß die französischen Vorschläge für die englische Regierung unannehmbar seien, und daß noch ein längerer Gebenkensaustausch stattfinden werde. Der Korrespondent bemerkt, daß es sich jetzt um den Zusammentritt des Vorkonferenzrates ein Lieberkommen zwischen London, Paris und Brüssel zu handeln zu bringen.

### Der neue Flaggenstreit.

Dr. Ernst Feder.

„Jetzt ist die Reichsfahne Schwarz-Rot-Gold, und jetzt wollen wir unter tiefen Farben für die Gerechtigkeit und den Wiederaufbau und für das große Deutschland arbeiten.“

Reichspräsident Hindenburg in Kiel am 31. Mai 1927.

Während in Frankreich und in England eine heftige Pressefehde um die Räumung des deutschen Bodens geführt wird, und auch die Reichsregierung bereits ihre Vorbereitung für die Gener Tagungen trifft, beginnt in Deutschland ein neuer Flaggenstreit. Gehler hat jetzt, freilich nur sehr unvollkommen, ausgeführt, wozu ihm Feder als Reichsinnenminister schon 1923 riet. Er hat es in Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten, dem obersten Befehlshaber der Wehrmacht, getan. Hindenburg hat schon vor drei Monaten in der Wehrung zu dem Kieler Reichsbannerführer Hansen, die oben wieder gegeben ist, Schwarz-Rot-Gold als die Farben bezeichnet, unter denen Deutschland wieder aufgebaut werden soll. Er hat auch den Wunsch ausgesprochen, daß bei der Lannenberg-Feier die schwarzrotgoldenen Farben gezeigt werden. Trotz allen Widerstandes auf der rechten, trotz offiziellen Ceremonien von einer „Rechtsangelegenheit“, kann an der Zustimmung des Reichspräsidenten zu dem Erlass des Wehrministers kein Zweifel sein. Dagegen scheint es, daß die Mitglieder des Kabinetts, also auch die deutschnationalen Minister, von dem Erlass vorher nicht in Kenntnis gesetzt worden sind. Um so interessanter wird es sein, zu erfahren, ob sie dem Erlass zustimmen oder die Auffassung der deutschnationalen Presse teilen. Diese Presse hat die sehr bedauerliche Anordnung des Wehrministers, daß neben der Reichsflagge, also der schwarzweissen Fahne mit Eisernen Kreuz und mitrostförmiger Gähse, die schwarzrotgoldene Reichsfahne gezeigt werden soll, mit Beschimpfungen gegen Schwarz-Rot-Gold beantwortet. Es ist ein unverständlicher Zustand, daß die stärkste Regierungspartei, die die Richtlinien des Zentrum ausgeht, und deren Minister den Eid auf die Verfassung und ihre Farben geschworen haben, die Einführung der verfassungsmäßigen Farben bei der Reichswehr als eine Art Provokation empfindet und zurückweist. Die Minister allerdings, Herff, Reudell, Schiele und Dr. Koch, werden stillschweigend zustimmen, ohne eine zustimmende Äußerung zu wagen.

Ebenso seltsam allerdings ist die Begründung, die der Wehrminister seinem Erlass gegeben hat. Sie war zur Publikation nicht bestimmt. Aber für die Öffentlichkeit interessant sind gerade die Dinge, die bestimmungsgemäß nicht veröffentlicht werden sollen. Gehler macht sich in dieser Begründung die irreführenden Schlagworte der Rechten zu eigen. Er erklärt allen Ernstes, das Befehlsmittel zu Schwarz-Rot-Gold verlange von dem Soldaten, der unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot gekämpft und gebüht habe, ein großes Maß von Selbstüberwindung und Zivilcourage. Dazu ist zunächst zu sagen, daß von den Mannschaften der Reichswehr wohl kaum noch einer, vom Unteroffizierskorps wohl kaum die Hälfte am Kriege teilgenommen hat, und daß auch die jüngeren Offiziere erst nach dem Kriege eingetreten. Aber ganz davon abgesehen: Rein deutscher Soldat hat unter Schwarzweißrot gekämpft und gebüht. Es gab im deutschen Heer keine schwarzweissen Fahnen. Die Vereidigung der Offiziere und Mannschaften erfolgte auf die Farben des Landes, Schwarzweiß in Preußen, Weißblau in Bayern, und für die Landesfarben, nicht für Schwarzweißrot, wurden die Soldaten in der Instruktionstunde begeistert. Charakteristisch ist doch, daß es in dem Heere kein einziges Soldatenelb, in dem von Schwarzweißrot die Rede ist. Das jetzt so oft mißbrauchte Flaggenelb gehört bekanntlich der Marine an. Es ist erstaunlich, daß dem Wehrminister, der doch selbst in einer Kaserne aufgewachsen ist, alles dies unbekannt zu sein scheint, und daß er kritisch die falsche Darstellung übernimmt, mit der die deutschnationalen Propaganda getrieben worden ist.

Aber die Begründung ist noch in einem anderen Punkt irreführend. Sie wendet sich zunächst gegen die Behauptung, daß die Wehrmacht „ganz einseitig eingestellt“ sei. Sie stellt aber dann selbst eine derartige Behauptung auf. Denn wenn das Befehlsmittel zu Schwarzrotgold von der Reichswehr nur mit „Selbstüberwindung“ abgelegt werden kann, dann liegt darin die Behauptung, daß Anhänger der republikanischen Parteien, die sich freudig zu Schwarzrotgold bekennen, in der Reichswehr nicht zu finden sind. Gehler hat mit dieser Verallgemeinerung unrecht. Gegen solchen Vorwurf ist die Reichswehr in Schutz zu nehmen. Es gibt zweifellos unter den Mannschaften eine größere Anzahl, auch unter den Offizieren eine gewisse Zahl von Männern, die die Republik, ihre freie Verfassung und ihre Farben Schwarzrotgold lieben, wenn diese Männer auch, um sich nicht identischen und gesellschaftlichen Nachteilen aussetzen, ihre innere Ueberzeugung nicht äußern dürfen. Mit dieser Einschränkung allerdings hat Gehler recht. Viel fach besteht in der Reichswehr die „ganz einseitige Einstellung“ gegen die Farben Schwarz-Rot-Gold als das Symbol der jungen Republik, und es ist wichtig, daß Gehler diese Tatsache jetzt in einem dienstlichen, wenn auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Schriftstück ausdrücklich zugegeben hat. Die einseitige Einstellung eines großen Teils der Reichswehr trennt sie von den breiten Schichten des Volkes. Aus dieser Isolierung muß sie

### Das schlechberatene Reichswehrministerium.

Die heftige Regierung über den Giechener Zwischenfall. Ein „bewußte Störung der Verfassungsfier.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Darmstadt, 20. August.

Die Bemerkungen, mit denen das Reichswehrministerium die Druckere und Mannschaften best, die die Giechener Verfassungsfier durch provokatives Verhalten störten, werden von dem republikanischen Heeren nicht verstanden. Auch dort, wo man sich im Urteil bisher zurückgehalten hat, wird heute entgegengesetzte Stellung genommen gegen die Verherrlichung der Ereignisse und die Verhöhnung des Urteils, wie sie das Reichswehrministerium in einer gestrigen Erklärung vornahm. Staatspräsident Ulrich hat, nachdem er sich von der Provinzialdirektion Gießen und dem Giechener Polizeikommando über den Vorfall bei der Verfassungsfier hatte berichten lassen, beim Reichswehrministerium persönlich Protest gegen das Verhalten des Reichswehrkommandeurs eingeleitet. Nach der amtlichen Darmstädter Zeitung gründete sich dieser Protest einmal auf die Tatsache, daß eine bewußte Störung der verfassungsmäßigen Verfassungsfier vorlag und zum anderen darauf, daß der Auszug der Reichswehrangehörigen im unmittelbaren Folge an die Kritik des Festredners von dem früheren monarchistischen Regime erfolgt war und damit als eine Provokation gegen republikanische Staatsgewinnung betrachtet werden mußte. Das Regierungsorgan fährt dann fort: „Es ist bedauerlich, daß das Reichswehrministerium seine Stellungnahme bekannt gegeben hat, bevor es sich mit der heftigen Landesregierung in Verbindung setzte; denn der Reichswehrkommandeur in Gießen ist zugleich Landeskommandant in Hessen. Die heftige Regierung, die eine ausgeprägten republikanische ist, könnte danach die Frage stellen, ob sie sich durch ein Landeskommandanten in Hessen zusammen zu arbeiten vermag, der eine Feler zur Ehre der republikanischen Staatsverfassung in der gegebenen Weise

gestört hat. Denn darum handelt es sich letzten Endes.

Ob die Festrede zu beanstanden war oder nicht, war nicht Sache des Reichswehrkommandeurs, sondern des Verantwortlichen der Verfassungsfier. Nach der Mitteilung des Reichswehrministeriums an die Presse könnte es den Anschein haben, als ob der Giechener Reichswehrkommandeur die Verfassungsfier verlassen habe infolge einer abspirenden Redeordnung über den Reichspräsidenten und der Kritik an Mitgliedern der Reichsregierung. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß nach dem Bericht des Giechener Polizeikommandeurs der Reichswehrkommandeur und seine Offiziere die Verfassungsfier verlassen und auch die bei der Feier mitwirkende Reichswehrkapelle zum Wegzug veranlaßt hat, als der Festredner das frühere monarchische Regime und seine Fürsten, insbesondere die Hohenzollern, behandelt hat. Darum auch wurde der Auszug der Reichswehrangehörigen aus dem Theater in Gießen zu einer Provokation der Republikaner. Es ist tief zu bedauern, daß das Reichswehrministerium der deutschen Republik an dieser Seite der Angelegenheit vorübergegangen ist. Wenn es glauben sollte, damit der Volksgemeinschaft gedient zu haben, so dürfte es sich in einem Irrtum befinden, was um so schmerzlicher ist, als er die Beforgnisse der deutschen Republikaner und die republikanische Staatsgewinnung gewisser Kreise der Reichswehr zu rechtfertigen geeignet sein möchte. Deutlicher als in dem Kommentar des amtlichen Blattes dürfte die Beforgnisse heftiger Republikaner noch dadurch werden, daß ein Teil der Reichswehrangehörigen, die die Verfassungsfier gelöst hatten, sich unmittelbar danach in das in der Nähe der Reichswehrkaserne gelegene Restaurant begaben, wo der Giechener Stahlhelm verkehrte, mit dem die Reichswehrsoldaten dann eine Verfassungsfier auf Stahlhelmsart abhielten!

Nach dieser Stellungnahme der heftigen Regierung versteht man die Entscheidung des Reichswehrministeriums noch viel weniger als bisher. Vielleicht hält es Dr. Gehler jetzt doch für angezeigt, den Tatbestand noch einmal nach zu prüfen.